

Erscheint täglich außer Sonntags.
Zusätzlich Abendausgabe des „Vorwärts“. Bezugspreis
beide Ausgaben 85 Pf. pro Woche, 3,00 M. pro Monat.
Redaktion und Expedition: Berlin SW 68, Lindenstr. 3

Spätausgabe des „Vorwärts“

Anzeigenpreis: Die einspaltige Nonpareillezeile
80 Pf., Reklamszeile 5 M. Ermäßigungen nach Tarif.
Postcheckkonto: Vorwärts-Verlag G. m. b. H.,
Berlin Nr. 37596. Fernsprecher: Dönhoff 292 bis 297

Plötzlich abgesagte Sitzung.

Schwierigkeiten der Regierung Brüning-Moldenhauer.

Die für heute in Aussicht genommene Sitzung des Reichshaushaltsausschusses, in der Finanzminister Dr. Moldenhauer die Regierungsvorschläge begründen wollte, ist bis auf weiteres abgesagt worden. Die Schwierigkeiten der Lösung der finanzpolitischen Fragen sind so groß, daß der Reichsfinanzminister es im Augenblick ablehnt, die Öffentlichkeit darüber zu unterrichten.

Vertrauenskrise des Kabinetts Brüning

Das Kabinett Brüning hat die Deckungsanträge des Reichsfinanzministers Moldenhauer „in voller Einmütigkeit“ gebilligt. Es hat sich stark gemacht, die Vorschläge als „einheitliches Ganze“ durchzubringen, und hat die Absicht erkennen lassen, das Programm im Galopp im Reichstag durchzuführen.

Der große Kampf hat heute damit begonnen, daß Herr Moldenhauer nicht an die Front gehen will. Für eine Regierung, die so sehr auf die Markierung von Stärke eingestellt ist, wie das Kabinett Brüning, ist das ein schlechter Anfang. Zwischen den Kabinettsbeschlüssen vom Freitag und die Haushaltsausführung von heute hat sich die Lücke eingedrängt, daß die Regierungsparteien nichts weniger als einmütig sind.

Herr Moldenhauer hätte heute riskiert, daß auf seine Programmklärungen Proteste von Regierungsparteien erfolgten — noch dazu von seiner eigenen Fraktion! Will das Kabinett kämpfen, so muß es auch dieser Tatsache ins Auge sehen — aber es will offenbar zunächst lieber verhandeln.

Die Krise in der Brüning-Koalition ist nicht mehr zu verbergen. Die „Königliche Zeitung“ schreibt über die Lage des Kabinetts:

„Das Prestige des Reichspräsidenten, die Drohung mit der Auflösung des Reichstags, die Berufung auf die Frontgeneration — alles ungewöhnliche Mittel, die eingesetzt wurden und das Volk aufhorchen ließen.

Selten sind einer Regierung bei ihrem Amtsantritt so viele Vorschlagsarbeiten gesendet worden wie dem Kabinett Brüning.

Die Zentrumspresse überstürzte sich förmlich in Bewunderung für den Kanzler und beschämte ihm schon nach seinem ersten Auftreten einen großen „Sieg der Staatspolitik“. Herr Schiele wurde von seinen agrarischen Freunden über den grünen Klee gelobt, Herr Stegerwald von den christlichen Gewerkschaften in den Himmel gehoben, Herr Treppner von seinen Frontkämpfern als Mann der Tat gefeiert; und Herr Moldenhauer für ein paar rheinische Bonmots, die er im Haag zum besten gab, von demokratischen Publizisten wohlwollend belobt. Wir haben uns an diesem Spiel nicht beteiligt, aber erklärt, es sei ein Gebot der politischen Bernunft und der staatsbürgerlichen Verantwortung, dem neuen Reichskanzler fair play zuzubilligen und seine Taten abzuwarten.

Seitdem ist noch kein Wertesaher vergangen, und schon muß festgestellt werden, daß die Regierung, wie kaum jemals eine andere, fast die ganze öffentliche Meinung gegen sich hat.

Auch die Zentrumspresse ist sehr kleinlaut geworden und vermag ihre Matadore eigentlich nur noch durch Hiebe auf die vorige Regierung zu verteidigen, an der doch das Zentrum ebenfalls beteiligt war. Gewiß verteilt sich die Schuld an der allgemeinen Finanzmisere auf eine ganze Reihe von Regierungen mit und ohne sozialistische Führung, und wir hätten gerade deshalb dem Kabinett Brüning eine längere Bewährungsfrist gegönnt. Daß das nun aber nicht mehr angeht, hat es sich selber zuzuschreiben, denn für die Lage, die durch seinen Rotopferplan geschaffen wurde, ist es allein verantwortlich. Fest steht jedenfalls, daß die Vertrauenskrise in den letzten Monaten nicht beseitigt, ja nicht einmal gemildert, sondern im Gegenteil noch erheblich verschärft wurde. Und da muß man doch fragen: Wie war das möglich?

Die sogenannte „Reichshilfe“ hat in der Brüning-Koalition wie Sprengpulver gewirkt. Noch ist der offene Ausbruch des Krachs vermieden, da Herr Moldenhauer nicht vor den Hauptauschüß gehen will. Durch diese Taktik tritt natürlich eine Verzögerung in der Verabschiedung des Etats ein — die Verantwortung dafür fällt auf die uneinige Regierungskoalition.

Diese Taktik der Enthaltensart läßt sich jedoch nicht ewig fortsetzen — Herr Moldenhauer wird wohl oder übel doch sehr bald vor den Feind gehen müssen!

Empörung in Mitteldeutschland

Soll uns der Brotkorb noch höher gehängt werden?

Magdeburg, 16. Juni. (Eigenbericht.) Die freien Gewerkschaften Mitteldeutschlands demonstrieren am Sonnabend und Sonntag in riesigen Kundgebungen gegen die Lohnabbauoffensive des Unternehmertums und gegen die Sozialreaktion. Einstimmig wurde eine Entschliebung angenommen, die sich gegen den Lohnabbau richtet. Eine Gruppe streikender Mansfelder Bergarbeiter in Stärke von 100 Mann wurde lebhaft begrüßt. Störungsversuche der Kommunisten verliefen ergebnislos.

Papst flieht zu Mussolini.

Einspruch gegen Ausweisung abgewiesen.

Wien, 16. Juni. (Eigenbericht.) Amtlich wird mitgeteilt: Der deutsche Staatsangehörige Pabst, der am 14. Juni von der Bundespolizei aus dem österreichischen Staatsgebiet ausgewiesen wurde, hat gegen die Ausweisung bei dem Landeshauptmann von Wien Einspruch erhoben. Dieser Einspruch wurde am Sonntag nachmittag abgewiesen. Pabst, der gebeten hatte, möglichst bald nach Italien abreisen zu dürfen, hat nach der Ablehnung des Einspruchs Wien am Sonntag nachmittag mit seiner Gattin mit Flugzeug verlassen. Er hat sich nach Venedig begeben.

In Oesterreich herrscht völlige Ruhe. Vor dem Gebäude der Landesregierung in Innsbruck demonstrieren am Sonntag etwa 200 Heimwehrleute gegen die Ausweisung von Pabst. Der Zug löste sich jedoch bald in Ruhe auf. Am Montag wird der Vorstand der Heimwehr zu der Ausweisung von Pabst Stellung nehmen.

Die Tiroler Regierung ist „befremdet“.

Innsbruck, 16. Juni. (Eigenbericht.)

Die Tiroler Landesregierung ließ die Bevölkerung nach am Sonntag durch Plakate wissen, daß sie von der Ausweisung des Majors Pabst aus Oesterreich mit Befremden Kenntnis genommen habe und die Ausweisung ohne jede Fühlungnahme der Bundesregierung mit den zuständigen Tiroler Behörden erfolgt sei, trotzdem Pabst seinen ständigen Aufenthaltsort in Tirol gehabt habe. Die Tiroler Landesregierung habe ihr Befremden in Wien bereits zur Kenntnis bringen lassen und die sofortige Aufhebung des Ausweisungsbefehls gefordert.

Polizei im Flugzeug — Weiterreise nach Rom.

Benedig, 16. Juni. (Eigenbericht.)

Der aus Oesterreich ausgewiesene Putschist Pabst ist am Sonntagabend in Begleitung von zwei österreichischen Polizeibeamten auf dem Flugplatz in Benedig gelandet. Pabst blieb über Nacht in Benedig. Wie aus seiner Umgebung verlautet, beabsichtigt er, heute nach Rom weiterzureisen.

Papst gab österreichisches Bürgerrecht auf.

Um die Pension aus Deutschland nicht zu verlieren.

Im November 1929, unter der Regierung Hermann Müller, wurde die Zahlung der Pension an Pabst eingestellt. Es hatte sich herausgestellt, daß Pabst im Jahre 1921, in Trient in Tirol das Gemeindebürgerrecht und — nach Auffassung der Tiroler Landesregierung — damit auch die österreichische Bundesangehörigkeit erworben hatte. Wegen die Einstellung der Pensionzahlung strengte Pabst sofort einen Prozeß an und erklärte zugleich den Verzicht auf sein Gemeindebürgerrecht in Trient. So ist Pabst einstweilen zwischen zwei Stühlen auf dem Boden zu sitzen gekommen: von Deutschland bekommt er als Oesterreicher keine Pension, und Oesterreich hat ihn als Reichsdeutschen ausgewiesen.

Der Prozeß um die Pension schwebt noch. Aber ganz abgesehen von der Staatszugehörigkeitsfrage ist es ein Skandal, wenn an Leute, die sich so wie Pabst am Sipate vergangen haben, Pensionen gezahlt werden.

Autobuskatastrophe in Spanien.

Vier getötet, 17 schwer verletzt.

Madrid, 16. Juni. In Volado in der Provinz Coruna fuhr ein vollbesetzter Autobus gegen eine Mauer. Vier der Insassen wurden getötet, 17 schwer verletzt.

Nazi-Strolche im Wannseebad.

Energisches Durchgreifen der Badeverwaltung. — Mi Feuerprühen gegen die Rowdys.

Einen lehrreichen Anschauungsunterricht über die Gefährdung nationalsozialistischer Radaubröder erhielten die fünfzigtausend Berliner, die gestern das städtische Strandbad Wannsee bevölkerten. Ein Trupp Nationalsozialisten wollte nämlich das große Volksbad, das allein sozialdemokratischer Initiative sein heutiges Gesicht verdankt, für ihre Propagandazwecke mißbrauchen. Sie richteten mitten im Bad eine riesengroße Hakenkreuzfahne auf. Als die Berliner sich diese Provokation nicht gefallen lassen wollten, sangen die Störenfriede an zu randalieren. Dank der erstrecklich energiegelassen Haltung der Badeverwaltung mußten sie das Bad verlassen. Am Abend versuchten sie auf ihre Art „Rache“ zu nehmen. Dabei wurde ihnen mit Feuerprühen und durch das Ueberfallkommando zum Bewußtsein gebracht, daß man sich gegen deraat üble Störenfriede zu wehren weiß. Zehn Personen, zum größten Teil Nationalsozialisten, wurden festgenommen und der Verteilung in das Polizeipräsidium zugeführt. Die Festgenommenen werden sich noch im Verlauf dieser Woche wegen Hausfriedensbruchs und anderer Delikte vor dem Strafrichter zu verantworten haben.

Ein anderer, von Nationalsozialisten provozierter Zwischenfall wird aus der Köpenicker Straße gemeldet. Dort gerieten am Sonntag in aller Frühe Nationalsozialisten und Kommunisten aneinander. Auch hier entstand ein wildes Handgemenge. Die Gegner gingen hauptsächlich mit Stöcken gegeneinander vor. Plötzlich zog ein Parteigänger der Nationalsozialisten, der Kellerer Georg Wichmann aus der Ludowikstraße, einen Revolver und feuerte mehrere Schüsse ab. Ein 19jähriger Arbeiter brach durch drei Kugeln schwer verletzt, auf der Stelle zusammen. Er wurde in ein Krankenhaus eingeliefert. Der verbrecherische Nationalsozialist wurde verhaftet. In Weichensee wurden in der Berliner Allee von einem Volkstrawagen mit nationalsozialistischen Demonstranten Flaschen in das Publikum geworfen. Ein Unbeteiligter wurde leicht verletzt, zwei anderen unbeteiligten Passanten wurde die Bekleidung beschädigt. Eine Feststellung war nicht mehr möglich.

Wehretat nicht unantastbar!

Breitscheid über den Kurs Brüning.

Godesberg, 16. Juni. (Eigenbericht.)

Auf dem Bezirksparteitag der Sozialdemokratischen Partei für die obere Rheinprovinz äußerte sich der Führer der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Abg. Dr. Breitscheid, am Sonntag in einer längeren Rede über die zur Zeit im Vordergrund der öffentlichen Diskussion stehenden politischen Probleme. Breitscheid führte u. a. aus:

„Es wird in der bürgerlichen Presse und nicht zuletzt in Zentrumsblättern so hingestellt, als ob das Kabinett Brüning vor seiner höchst unerfreulichen und gefährlichen Situation nur gestellt worden sei, infolge des Verlangens seines Vorgängers, des Kabinetts Müller. Diese Angriffe sind schon deshalb ungebracht, weil in dieser Regierung Müller auch drei Vertreter des Zentrums und zwei der Deutschen Volkspartei saßen. Ist diesen Herren die große Erleichterung erst gekommen, seitdem an der Spitze der Regierung nicht mehr Müller, sondern Brüning steht? Hätten sie nicht die Möglichkeit befehlen, schon in der Vergangenheit ihre Bedenken anzumelden und energische Vorschläge zu einer auf die Befriedung der Finanzen gerichteten Reform in die Debatte zu werfen? Wenn Zentrum und Volkspartei jetzt die Schuld auf das Kabinett Müller zu schieben suchen, so schlagen sie sich damit im Grunde nur selbst ins Gesicht. Wenn die Sozialdemokratie ein Hindernis für die Sanierung der Wirtschaft und der Finanzen gewesen ist, so sollte man sich doch freuen, sie losgeworden zu sein und ihr keine Vorwürfe wegen ihres Aussehens machen!

Die Sozialdemokratie hat von jeder den Standpunkt vertreten, daß ihre Opposition eine sachliche sein muß, die auch die Vorlagen einer ihr gegenüberigen Regierung sorgsam prüft und die Pflicht nicht verabsäumen darf, durch positive Vorschläge den Gang der Dinge zu beeinflussen. Das gilt selbstverständlich auch von dem Reformprogramm der Regierung Brüning. Gelingt die Abdeckung des Defizits nicht, so leidet darunter der Staat, seine Verfassung und in erster Linie die Arbeiterklasse, und dann steht vor uns die große Gefahr der Anwendung des Art. 48.

Um Mahagonny
Eine kritische Auseinandersetzung

Gegen Bert Brecht wird in der Presse der Vorwurf erhoben, daß sein Text zur Oper 'Mahagonny' mit dem Drama 'Großstadt'...

So verschieden die beiden Stücke 'Mahagonny' und 'Großstadt' in Auffassung und Behandlungsart des Themas auch sein mögen, so läßt sich doch die gemeinsame Grundidee nicht wegleugnen...

Das alles ist schon merkwürdig genug. Wertwürdiger aber ist der Umstand, daß auch in Einzelheiten, ja, sogar in einzelnen Redewendungen eine Übereinstimmung vorhanden ist...

Großstadt: Ort der Handlung: Alaska. Blochhütte in Einöde. Frau White mit der besonderen Note der Geldgier. Frau White: 'Mir fehlt zu einer Venus nur das Gold.'

Der gesunde Menschenverstand kann doch auf diese Tatsachen hin nur den einen Schluß ziehen: Einer von beiden Autoren muß durch das Werk des anderen beeinflusst worden sein!

Wägt man einmal die sprachliche Formulierung der beiden Werke gegeneinander ab, so fällt einem ein gewaltiger Unterschied auf. Die Sprache Gibrichs ist schöpferisch, charakteristisch, oft eigenwillig, jedenfalls aber einzig und organisch.

Hosea 7/12: 'Ich aber sired mein Reh und hole euch wie Vögel aus der Luft herab.' Jeremia 1/21: 'Wie ist die Stadt zur Hure geworden. Einst war sie voll Recht und Gerechtigkeit.'

Zecharia 2/2: 'Merkt euch, vornehme Schinder, ihr reißt den Leuten die Haut vom Leib.' Jeremia: 'Laßt euch nicht täuschen durch Wahrsager und Propheten. Die Himmeler, davon sie fabeln, ist Traum und Gespinnst.'

Zecharia 17/13: 'Ja, wie große Wasser mühen, so werden die Leute wüten.' Zephania: 'Ihr Demütigen des Landes kläbt treu. Vielleicht werdet ihr geborgen...'

Die Übereinstimmung der zitierten Stellen ist verblüffend. Besonders in der Gleichartigkeit der Bilder. Uebrigens ob ja bereits Charlie Chaplin war nicht seinen Hut (f. Mahagonny), wohl aber seinen Stiefel auf (f. Goldbraut).

Wenn man einerseits also die von Brecht schon früher gegebene 'prinzipielle Vorheit in Fragen des geistigen Eigentums' in Rechnung stellt, wenn man merkt, wie 'Mahagonny' außer den Parallelen zur 'Großstadt' auch sonst noch Parallelen zu anderen sprachlichen Schöpfungen aufweist...

Reporter unterwegs...

Abenteurer im Nebenberuf

Am Montag mittag wurde im dichten Gedränge des Chicagoer Michigan-Boulevards der Reporter der 'Chicago Tribune' Alfred Lingle, durch einen Kopfschuß hinterwärts ermordet.

Wir wollen zugeben: nicht jeden Tag wird ein Reporter ermordet. Auch nicht jede Woche oder jeden Monat. Im letzten Jahr allerdings waren es immerhin schon drei.

Noch eins sei eingeräumt: kein Reporter schwebt ständig in Lebensgefahr. Ob dies überhaupt jemals der Fall ist, kommt auf die Art des Austritts an, den er zu erledigen hat.

Bisweilen kommt jemand, der die Wahrheit nicht hören will, und hält uns eine Kanone vor den Bauch. Dann ergeben sich folgende Arbeitsberichte:

Exerzierplatz zum Bürgerkrieg

Das älteste Berlin, der Fischerkiez, ist nachts der Exerzierplatz zum Bürgerkrieg. Als Demarationslinie verläuft die Stroblauer Straße von West nach Ost.

Bereinszimmertür aufzumachen, aber die Resovertüröffnung ist wenigstens schon gegen die Decke gerichtet, fünfundsiebzig Pfennige für den Wirt rollen über die Treppe, zwei Schritte bis zur Tür.

Wenn die Anarre nun losgegangen wäre?

Die Unterwelt will ungeführt sein

Jergendeine Sache mit der Unterwelt. Glänzender Lebestoff für das Blatt. Also los. Aber es wird schon ungemütlich, als wir die veräucherte Stampe am Kottbuscher Tor betreten.

Jetzt wird es lebendig in dem Boden. Zwei Arbeiter, die keine Ahnung hatten, wo sie in Wirklichkeit waren und harmlos ihr Frühstück verzehrten, wollen zur Tür, da packen sie auch schon zwei Kerle.

Nebenbei: wenn der Mann die Mündung der Anarre auch nur zwei Zentimeter tiefer gehalten hätte? Dann wäre der Schuh nicht gegen die Decke gegangen, sondern anderswohin.

Reportage in einer Mainacht

Der Schrecken des Bürgerkrieges steigt auf. Nirgendes brennt ein Licht im ganzen Kampfgelände, wie finstere Schluchten liegen die verlassen Straßen zwischen den Mietsojernen da.

Ranu, was ist denn mit dem Chauffeur los, der wäht sich ins Gesicht, hat die Hand voll Blut, geht ist das ganze Kinn beschmierkt. Es ist noch mal gut gegangen, nur Streifschuß.

Inzwischen schlägt es drei. Ein kleiner Trupp marschiert desultor über den Brunnenplatz, biegt längs der Panke ein. Das ist die Abführung für die Kösliner Straße.

handen gekommene Exemplar der 'Großstadt' oder indirekt durch Gespräche über das Stück, ob Brecht bewußt oder unbewußt Einflüsse und Wendungen aus 'Großstadt' benutzte...

Frauenemanzipation in China

Der geknechteten Frau ein freieres Dasein zu verschaffen, ist auch in China ein schweres Beginnen. Die Grundlage des Familienlebens hierzu von Grund aus geändert werden.

Kürzlich kam nun aus Schanghai die Nachricht, daß die dortige Frauenbewegung der Nanjing Regierung eine Resolution übermittelt hat, in der sie Gefängnisstrafen für jene Männer verlangt, die neben ihren Frauen auch Nebenfrauen halten.

größte bisher erreichte Erfolg der Frauenemanzipation, denn er bezieht sich auch auf die unteren Klassen. Auch die kurzgeschneittenen Haare und die kurzen Röcke bürgern sich allmählich in den Städten ein.

Die Bewegung zur Befreiung der verflauten Frau ist an und für sich früherer Datums. Im Jahre 1907 wurde unter der Herrschaft der Kaiserin Tschi die erste Frau hingetrichtet: die chinesische Lehrerin Tin Din (Reichthum des Herbstes).

Das erste Unternehmen in China, das eine Frau anstellte, war ein photographisches Institut in Schanghai. Kurz darauf folgten einige Banken und auch andere Firmen.

An der Spitze der Frauenbewegung stehen heute zwei Bedenrinnen: Liu Tsang Sang und Wen Tsching Tschung, die alles daran setzen, um ihre Mitschwester zu befreien.

Paul Diner-Denes.

Weltkraftkonferenz in Berlin



Die große internationale Weltkraftkonferenz wird unter der Teilnahme von annähernd 4000 Delegierten aus allen Ländern der Welt am 16. Juni mit einer Feier bei Kroll eröffnet werden. Die Konferenz wird bis zum 26. Juni dauern. Unser Bild zeigt die führenden Teilnehmer der Konferenz von links nach rechts: Oscar v. Miller, Präsident der Konferenz; Oscar Charles Kerril; Generaldirektor Köttgen, Vorsitzender des Vereins deutscher Ingenieure; Professor Einstein; Marquis Marconi; Thomas Alva Edison.

Von der Kneipe zur Gaststätte.

Auch ein zeitgemäßes Arbeiter- und Kulturproblem.

Ein großer Teil des öffentlichen Lebens spielt sich in den Gaststätten ab. Auch die Arbeiterbewegung ist mehr oder weniger auf die Gaststätten angewiesen, wenn sie Zusammenkünfte, Versammlungen und Kundgebungen veranstaltet. Gar nicht zu reden von der Bedeutung, die die Gaststätte im Leben des einzelnen Arbeiters einnimmt. Es ist deshalb notwendig, die Frage des Gaststättenwesens vom Standpunkt der modernen Arbeiterbewegung zu unteruchen, zu prüfen, ob die heutigen Wirtschaften den mannigfachen Bedürfnissen genügen, oder welche Mittel und Wege es gibt, um vorhandene Mängel zu beseitigen.

Eine Feststellung sei vorausgeschickt: Die Sozialdemokratische Partei, die Gewerkschaften und die meisten kulturellen Organisationen der Arbeiterschaft sind zweifellos nicht unbedingt alkoholfreundlich eingestellt. Sie arbeiten wohl durch Erziehung und Aufklärung ihrer Mitglieder an einer Einschränkung des Alkoholgenusses und Alkoholmissbrauchs; sie stellen sich jedoch aus prinzipiellen Erwägungen nicht in die Kampffront der Abstinenzisten. Aber gerade aus diesem Grunde ist es von ganz besonderer Bedeutung, wenn fast alle Arbeiterorganisationen darüber klagen müssen, daß das Gastwirts-gewerbe in seiner großen Mehrheit den doch an sich durchaus begrüßenswerten Bestrebungen auf Einschränkung des Alkoholgenusses durch die Arbeiterschaft feindlich gegenübersteht und alles tut, sie die Macht des Gewerbes fühlen zu lassen. Da werden den Organisationen die Vereinszimmer und Versammlungsräume verweigert,

da müssen sich die Organisationen bei hoher Konventionalstrafe verpflichten, daß auf ihren Veranstaltungen bestimmte Mengen Bier getrunken werden.

Da werden von den Organisationen unerschwinglich hohe Mietpreise für Säle und Vereinszimmer verlangt; da sind zahlreiche andere Maßnahmen, um die Organisationen der Arbeiterschaft dem Willen der Gastwirte gefügig zu machen. Und da hinter dem Gastwirt die ungeheure finanzielle Macht des Braukapitals steht, wird dieser Kampf doch mit recht ungleichen Waffen ausgetragen.

Besonders schlimm liegen die Verhältnisse in den Orten, in denen an sich schon ein fühlbarer Raummangel besteht. Ich kenne große Bezirke in Berlin, in denen die

sozialistischen Jugend- und Kulturorganisationen keine Räume für Veranstaltungen

bekommen. Ich kenne große und kleine Städte, große und kleine Dörfer, in denen das Leben der Arbeiterbewegung lahm liegt, weil es an Tagungsräumen fehlt und weil sich dank der Propaganda des Alkoholgewerbes der Gastwirt vielfach zum Ruckalkoholverkäufer erniedrigt hat.

Wandel wird erst dann eintreten, wenn Gaststätten und Versammlungsräume, die nicht von einer Kapitalistengruppe abhängen, in größerer Zahl geschaffen werden. Dazu sind in erster Linie die Kommunen berufen, die damit ein Stück Kulturarbeit von größter Bedeutung vollbringen würden. Wo das nicht möglich ist, wird die Arbeiterschaft überlegen müssen, ob sie nicht selbst an die Schaffung wirklicher Gaststätten herangehen soll.

In Berlin hat der Deutsche Arbeiter-Abstinenzband gute Arbeit geleistet. Er hat zwei Gaststätten eingerichtet, die als vorbildlich zu bezeichnen sind und die in der Arbeiterschaft ihrer Bezirke allgemeine Anerkennung finden. In anderen Orten beschäftigen sich „Arbeiterwohlfahrt“ und „Kinderfreunde“ mit ähnlichen Projekten. Also ein Anfang ist bereits da, der Weg ist gangbar und er sollte überall da beschritten werden, wo sich ein Bedürfnis zeigt.

Um Mißverständnissen vorzubeugen, sei hier eingeschaltet, daß diese Gaststätten den Gewerkschaftshäusern durchaus keine Konkurrenz bieten werden. Sie sollen die ja durchweg bereits überlasteten Gewerkschaftshäuser ergänzen und — wo der Bau eigener Gewerkschaftshäuser nicht möglich ist — eine vorläufige Regelung schaffen.

Einen Fehler müssen aber alle neuen Arbeitergaststätten vermeiden. Sie dürfen die bestehenden Gaststätten nicht nachahmen, sondern sie müssen bemüht an der Neugestaltung einer Gaststättenkultur arbeiten. Dazu gehört in erster Linie die einfache, geschmackvolle Innenausstattung der Räume, die Bereinigung von Zimmern, in denen nicht geraucht werden darf, für unsere Jugend- und Frauengruppen, eine reiche Auswahl guter alkoholfreier Getränke, vor allem aber ein Verwalter, der nicht Ueberlieferung des Gastwirts-gewerbes vertritt, sondern der Auge und Ohr offen hat für das Neue, das um Gestaltung ringt und von dem die neuzeitliche Gaststätten- und Festkultur ein kleines, aber wichtiges Teilgebiet darstellt.

Johannes Löwe.

Gegen die Irrwege der Krisenbehebung Die Bergarbeiter zur Abwehr entschlossen.

Bochum, 16. Juni. (Eigenbericht.)

In einer außerordentlichen Konferenz der Funktionäre und der Betriebsratsvorsitzenden des freigewerkschaftlichen Bergbauindustriearbeiterverbandes aus dem ganzen Ruhrgebiet beschloß sich der Vorsitzende des Verbandes, Reichstagsabgeordneter Hufmann, u. a. mit den Auswirkungen der Wirtschaftskrise im rheinisch-westfälischen Industriegebiet.

Hufmann führte u. a. aus: „Der Bergbauverein in Essen läßt von Zeit zu Zeit Meldungen des Inhalts durch die Presse gehen, daß, dem Vorbild in der Metallindustrie folgend,

Lohn- und Preisabbaumaßnahmen auch im Ruhrbergbau erörtert werden. Für die Bergwerkesbesitzer mag das stimmen. Für uns ist eine Verkopplung von Lohn- und Preisfragen, ganz gleich, ob es sich um Erhöhungen oder Herabsetzungen handelt, undistakabel. Wo man uns Lohnkürzungen aufzwingen will, werden wir, wie das jetzt in Mansfeld geschieht, dem Kampf nicht ausweichen.“

In einer mit allen gegen eine Stimme gefaßten Entschlieung fordert die Konferenz eine alsbaldige Verkürzung der Schichtzeit, die in der Zeit des Kohlenmangels verlängert würde, und die Einbeziehung der Bergarbeiter in die Krisenfürsorge. Mit allem Nachdruck wendet sich die Ruhrbergbaukonferenz gegen die von den Unternehmern beschrittenen Irrwege der Krisenbehebung. Sie erblickt in dem veruchten Lohnabbau und dem rücksichtslos betriebenen Belegschaftsabbau nur ein Abwälzen der Krisenrisikofeuerung auf die Arbeiter. Die notwendige Aufforderung der verfahrenen Lage müsse durch eine durchgreifende Preislenkung sowohl der Erzeuger als besonders auch der letzten Verkäufer und einer Verbesserung der Kaufkraft eingeleitet werden.

Das Recht auf Arbeit dürfe und brauche bei entschlossenem Handeln der Regierung nicht länger der so verhängnisvollen Gesellschaftspolitik der Unternehmer zum Opfer gebracht werden.“

In seinem Schlußwort sagte Hufmann, auf Anregungen der Debattierredner eingehend, u. a.: „Wenn die Beamten in sicherer Stellung aus eigenem Antrieb der Arbeitslosenversicherung helfen wollten, so würde das im Volk freudig begrüßt werden. Der Vorstand des Verbandes habe der Not der Zeit entsprechend keine Angelegenheiten, auf 10 Proz. ihres Gehalts vorläufig zu verzichten, und kein Angestellter des Bundes werde sich diesem Wunsche verweigern.“

Sie wollte nicht in die Krankenkasse.

Der Arbeitgeber muß trotzdem anmelden.

Eine Kuffin, Frau K., war bei einer Damenschneiderin in Berlin beschäftigt. Als davon die Rede war, daß Frau K. bei der Krankenkasse angemeldet werden müsse, sagte sie, sie wolle nicht: Kassenmitglied werden, denn einen Kassenarzt würde sie nicht in Anspruch nehmen, sondern sich, wenn sie krank werden sollte, von einem Privatarzt behandeln lassen.

Die Arbeitgeberin, die ebenfalls aus Rußland stammt, ging auf den Wunsch ihrer Landsmännin ein und unterließ die Anmeldung bei der Krankenkasse. Schon nach kurzer Zeit brauchte Frau K. ärztliche Hilfe wegen eines Schweißbrüselgeschwürs. Sie ging zu einem Privatarzt und wurde nun auf ihr Verlangen von ihrer Arbeitgeberin bei der Krankenkasse angemeldet und dann von einem Kassenarzt behandelt.

Inzwischen waren einige Tage vergangen, und während dieser Zeit setzte der Privatarzt die Behandlung der Patientin fort. Dafür forderte er ein Honorar von 80 M. Frau K. konnte nicht zahlen. Der Arzt aber glaubte auf einem anderen Wege seine Forderung eintreiben zu können. Er meinte, Frau K. könne von ihrer Arbeitgeberin den Ersatz des Schadens beanspruchen, der ihr durch die unterlassene Anmeldung zur Krankenkasse entstanden sei. Der Arzt ließ sich von Frau K. den vermeintlichen Schadenersatzanspruch zedieren und verklagte die Arbeitgeberin beim Arbeitsgericht auf Zahlung von 80 M.

Vor Gericht bestritt Frau K., daß die Anmeldung auf ihren Wunsch unterblieben sei. Sie behauptete, zwischen ihr und der Arbeitgeberin sei von der Krankenkasse gar nicht gesprochen worden. Dagegen konnte die Arbeitgeberin durch Zeuginnen nachweisen, daß Frau K. tatsächlich gesagt habe, sie wolle nicht bei der Krankenkasse angemeldet werden, da sie sich von einem Kassenarzt nicht würde behandeln lassen.

Hiernach erkannte das Gericht auf Abweisung der Klage mit der Begründung, die Arbeitgeberin sei, ohne Rücksicht auf den Wunsch ihrer Arbeitnehmerin, verpflichtet gewesen, diese bei der Krankenkasse anzumelden. Durch die Unterlassung der Anmeldung habe sich die Arbeitgeberin strafbar und der Krankenkasse gegenüber verantwortlich gemacht.

Frau K. aber habe keinen Anspruch auf Schadenersatz, denn es sei ja ihr ausdrückliches Verlangen gewesen, nicht bei der Krankenkasse angemeldet zu werden. Wenn ihr durch die Erfüllung ihres Verlangens Schaden entstanden sei, so könne sie dafür keinen Ersatz beanspruchen.

Die Beamteninternationale.

Albert Fallenberg soll Präsident werden.

Auf der jüngsten Tagung des Vollzugsausschusses der Beamteninternationale (BIA) in Bern wurde das Programm des 3. Kongresses der Internationale beraten, der vom 6. bis 8. August in Genf abgehalten wird.

Da der bisherige Sekretär der Beamteninternationale, J. S. Koordhoff, in den Dienst des holländischen Gewerkschaftsbundes tritt, ist eine Neubesezung des Sekretariats notwendig. Deutschland und Frankreich werden die Führung der Beamteninternationale übernehmen.

Auf Vorschlag des französischen Vertreters wird der Vollzugsausschuß des BIA, auf dem Genfer Kongreß die Wahl der Vorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes, Reichstagsabgeordneter Albert Fallenberg, zum Präsidenten der Beamteninternationale vorschlagen. Frankreich sollen die Arbeiten des Sekretariats übertragen werden. Beide Vorschläge wurden einstimmig zum Beschluß erhoben.

„Räuber“ vor Gericht.

Ein korrigiertes Urteil. — Ein korrekturebedürftiges Urteil.

Das Schöffengericht Berlin-Mitte verurteilte am 19. April zwei 21jährige, noch nicht verurteilte junge Leute, einen Techniker und einen Handlungsgehilfen, die aus geordneten Verhältnissen kommen, bisher ein ordentliches Leben geführt hatten, wegen eines leichtsinnigen Rottverbrechens zu einem Jahr Gefängnis ohne Bewährungsfrist. Die Angeklagten hatten einen Bürolehrling überfallen und ihm eine Aktentasche mit 200 M. geraubt. Angefaßt der sich häufenden Raubüberfälle, hieß es in der Urteilsbegründung, sollte ein Exempel statuiert werden. Das Gericht zweiter Instanz hat sich auf einen anderen Standpunkt gestellt. Durch die soziale Gerichtslehre waren über die beiden jungen Leute Erundigungen eingezogen worden, die einen guten Reumund ergaben. Die Mutter des einen und der Bruder des anderen hatten sich bereit erklärt, sie bei sich aufzunehmen. Das Gericht setzte die Strafe von einem Jahre auf sechs Monate herab und billigte beiden Angeklagten eine Bewährungsfrist zu. Die väterlichen Ermahnungen des Vorsitzenden dürften zweifelsohne auf diese jungen Leute eine größere erzieherische Wirkung ausüben, als dies das Gefängnis imstande gewesen wäre.

Fast zur gleichen Zeit stand vor dem Schöffengericht Charlottenburg der 21jährige Dachdeckergehilfe R. Seine Jugend verlief nicht in geordneten Verhältnissen wie diejenige der beiden ersten jungen Leute. Seine Mutter verlor er, als er noch klein war, seinen Vater hat er nie gekannt. Er kam in ein Waisenhaus, dann zu Pflegeeltern und in verschiedene Fürsorgeanstalten. Man gab ihn in die Lehre zu einem Dachdecker. Er lernte nach einigen Zwischenfällen aus, war fleißig, durfte bei seinem Meister in Arbeit bleiben, hatte später in Berlin Anstellung, wurde arbeitslos und erhielt Erwerbslosenerstützung. Am 15. April lagte man ihm im Arbeitsamt, daß er bald Arbeit erhalten würde. Er betraut sich aus Freude darüber und wurde abends von einem Eisenbahnangestellten auf dem Eisenbahngelände im Grunewald, das er unberechtigt betreten hatte, zur Kette gestellt. Es kam zu einer Auseinandersetzung. Bald darauf hörte der Eisenbahnbeamte Hilferufe; er eilte zu der Stelle, woher sie kamen, sah nur den liegenden R. und holte die Polizei. Es stellte sich heraus, daß der Angeklagte verurteilt hatte, einer Frau die Handtasche zu entreißen. Auf dem Wege zum Revier leistete er Widerstand und brach sich ganz sinnlos. Der Staatsanwalt beantragte 3 Monate Gefängnis, das Gericht erkannte auf 7 1/2 Monate. Es stellte dem Angeklagten eine Bewährungsfrist in Aussicht unter der Bedingung, daß er sich unter Schulaufsicht stelle und daß nach dem Bericht der Fürsorgebehörde für ein geeignetes Unterkommen und Arbeit gesorgt sei.

Wie soll wohl der Angeklagte aus dem Gefängnis heraus durch das Arbeitsamt eine Arbeitsstelle erhalten. Die soziale Gerichtslehre will das Gericht ersuchen, die Bewährungsfrist nicht von einer bereits zur Verfügung stehenden Arbeitsstelle abhängig zu machen.